

Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt

Erstausgabe
jeden Wochentag abends für den folgenden Tag und
kostet durch die Austräger pro Quartal Mk. 1,55
durch die Post Mk. 1,92 frei in's Haus.

Anzeiger

Inserate
nehmen außer der Expedition auch die Austräger auf
dem Lande entgegen, auch befördern die Annoncen-
Expeditionen solche zu Originalpreisen.

Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Lugau, Herrnsdorf, Bernsdorf,
Langenberg, Falken, Langenchursdorf, Meinsdorf, Ruffdorf, Wüstenbrand, Gröna, Mittelbach, Ursprung, Erlbach,
Kirchberg, Pleiße, Reichenbach, Callenberg, Trischheim, Ruchsnappel, Grumbach, St. Egidien, Sättengrund u. s. w.

Amtsblatt

für das Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal.
Organ aller Gemeinde-Verwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Nr. 104.

Dienstag, den 8. Mai 1906.

56. Jahrgang.

Freibank: Verkauf von gekochtem Rindfleisch, Pfund 35 Pfg.

Die „unerschütterliche“ französische Armee.

Der „Gaulois“ hat dieser Tage in Verbindung mit einer rühmreichen Lobpreisung der französischen Finanzen, die sich bei der Bewährung der neuen russischen Anleihe glänzend imstande befindlich gezeigt hätten, das Lob des „unerschütterlichen“ französischen Heeres gesungen, das allen Eventualitäten vollauf gewachsen sei. Der „Gaulois“ steht mit dieser Ansicht sicherlich nicht allein, sonst könnte man sich das herausfordernde Verhalten unserer französischen Blätter gegen Deutschland garnicht erklären. Wir stehen geradezu vor einem Rätsel, wie halbwegs verkündigte Franzosen von der Unerschütterlichkeit ihres Heeres überzeugt sein können, wo sich Tag für Tag die Beweise für die durch die Politik im französischen Offizierskorps angerichtete völlige Verwilderung häuft. An einem und demselben Tage ist ein Leutnant verhaftet worden, welcher sich in öffentlicher Volksversammlung als Sozialist bekannt und erklärt hatte, er und viele seiner Kameraden würden nie daran denken, auf Revolutionäre schießen zu lassen, und ist ferner festgesetzt worden, daß ein aktiver General in freundschaftlichem Verkehr mit einem monarchistischen Verschwörer gestanden habe und von diesem schon für den Fall des Staatsstreichs als Kriegsminister ausersehen worden war. Der Leutnant Tisserand und der General Niel sind Vertreter der beiden in der französischen Armee bestehenden Strömungen. Die einen wollen den Staatsstreich einerseits als historischer, royalistischer oder bonapartistischer Gesinnung in ihrer Familie — es wäre interessant, festzustellen, ob der General Niel ein Abkömmling oder Verwandter des berühmten Marschalls Napoleon III. ist —, andererseits weil sie zu dem Bestande der Republik und zu ihrer Fähigkeit, eine erfolgreiche und ruhmvolle äußere Politik zu treiben, kein Vertrauen haben. Tisserand aber und seine Gesinnungsgenossen gehen ins radikale oder gar sozialistische Lager über, weil sie von ihnen, dem angeführten oder dem Schwertadel angehörigen Kameraden über die Achsel angesehen werden. Tisserand hat dies Gefühl geträumt Stolzes in seiner Rede vor den sozialdemokratischen Arbeitern in die bezeichnenden Worte geleiht: „Als ich Offizier wurde, träumte ich Waffenruhm und ein stolzes Leben der Ehre. Der schöne Traum schwand bald. Ich sah die republikanischen Offiziere von der reichen und wohlgeleiteten Mittelschicht verachtet, gehänselt, schikaniert und verfolgt.“ Es gibt zweifellos Hunderte von aus Kleinbürgerlichen republikanischen Familien stammenden Offizieren, die ähnlich denken, wie Tisserand wenn sie auch nicht wie er die Unvorsichtigkeit begehen, ihre Empfindungen auszulassen und der strengen Strafe zu verfallen, die dem Leutnant Tisserand zweifellos zudiktieren werden wird. Beiläufig müssen wir, so wenig wir sonst mit der Sozialdemokratie sympathisieren, einem sozialistischen Blatte zustimmen, das meint, Tisserand habe nichts Schlimmeres getan, als jene aristokratischen Offiziere, die der Regierung einfach den Gehorsam verweigerten, als sie gegen die sterblichen Ruheförder vorgehen sollten. In beiden Fällen liegt daselbe vor: militärischer Ungehorsam und Disziplinlosigkeit. Die Kleinbürgerlichen republikanischen Offiziere hassen ihre hochmütigen aristokratischen Kameraden, und diese erwidern den Haß mit der Empfindung der Verachtung. Wie sollen aber Offiziere, die derartige Gesinnungen gegeneinander hegen, im Kriegsfall zusammenwirken? Schon 1870 wurde manche französische Niederlage dadurch herbeigeführt, daß die Generale sich gegenseitig im Stiche ließen. Wie soll das erst jetzt werden, wo die politische Spaltung im Offizierskorps viel schlimmer ist? Ein Offizier von Tisserands Empfindlichkeit muß es ja geradezu als eine Wonne ansehen, einen aristokratischen Kameraden in der Patzche sitzen zu lassen. Und ebenso würde ein General Niel einem echt republikanischen gestimmten General sicherlich nur sehr zögernd zur Hilfe kommen, um den politischen Gegner die Schmach der Nieder-

lage austofsen zu lassen. Die Franzosen können Gott danken, daß Deutschlands Friedensliebe und Mäßigkeit sie davor bewahrt hat, in diesem Frühjahr die „unerschütterliche“ ihres Offizierskorps zu erproben. Deshalb aber sind wir vom deutschen Standpunkte aus noch lange nicht der Ansicht, daß wir die Gunst der französischen Verhältnisse zu einem Kriege hätten auszunutzen sollen. Dazu kommen wir noch immer zurecht, denn die Zuchtlosigkeit des französischen Offizierskorps wird in zehn Jahren genau so groß sein, wie sie heute ist. Es ist ganz unsinnig, wie es von französischen Blättern geschieht, die eklatanten Fälle der Disziplinlosigkeit gegenwärtigen oder früheren Kriegsministern in die Schuhe zu schieben. Diese Zuchtlosigkeit ist eine Folge der geschichtlichen Entwicklung Frankreichs, und der einzelne Kriegsminister kann um so weniger dazu tun, den Uebelstand zu beseitigen, als er meist selbst von dem Parteigiste angefaßt ist.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 5. Mai.
Die Beratung des Zigarettensteuergesetzes wird bei § 5, Verpackungszwang, fortgesetzt.
Abg. **Erber** (Soz.) protestiert dagegen, daß der Verpackungszwang seitens des Bundesrates auch auf Kleinhandlender bezogen werden soll, während er nur auf Großhändler beschränkt werden darf, die der Zigarettensteuer unterliegende Waren feilhalten. Der Kleinhandlender müsse unter allen Umständen auch aus offenen Paketen verkaufen können, sonst werde die Zigaretten-Industrie schwer geschädigt.
Staatssekretär **v. Stengel** erklärt demgegenüber, der Bundesrat solle die Befugnis nur ausüben für den Fall der Umgehung der Zigarettensteuer beim Einzelverkauf. Es verheißt sich ganz von selbst, daß der Bundesrat von dieser Befugnis nur einen sehr beschränkten Gebrauch machen werde, denn ihm könne begrifflich nichts daran liegen, den Zigaretten-Verbrauch durch Erhöhung des Kleinhandels mit Zigaretten zu erschweren.
Abg. **Wieser** (freil. Volksp.) hat mit seinen Freunden besondere Bedenken gegen den Verpackungszwang wegen der Hilfsindustrien, der Kartonnagen-Fabriken und des lithographischen Gewerbes. Jetzt haben diese großen Absatz an der Zigaretten-Industrie, weil diese Interesse an möglichst schöner Aufmachung ihrer Waren habe. Wenn jetzt einheitliche Verpackung und Banderole vorgeschrieben werden, dann sei dieses Interesse geringer. Tatsächlich seien auch deshalb schon viele Arbeiter entlassen worden.
Abg. **Jäger** (Centr.) betont demgegenüber, daß ja der Einzelverkauf grundsätzlich zugelassen und die Befugnisse des Bundesrats, den Verpackungszwang auch auf den Einzelverkauf zu erstrecken, nur eine Ausnahmebefugnis sei.
Abg. **Reid** (natl.) stellt das als Referent ebenfalls fest. Gegen Steuerumgehungen müsse natürlich Sicherheit geschaffen werden.
Abg. **Mollenhuth** (Soz.) bekämpft die Vorlage über den Verpackungszwang, insbesondere die für den Bundesrat geforderte Befugnis.
Abg. **Böckler** (Antik.) wendet sich ebenfalls gegen § 5 wie gegen die ganze Vorlage.
Staatssekretär **v. Stengel** weist darauf hin, daß dieser Teil der Finanzreformvorlage ja nicht die Regierungsvorlage, sondern ein Werk der Kommission sei, denn diese habe die Vorlage ganz wesentlich umgestaltet.
Abg. **Müller** (Sagan) (freil. Volksp.): Von diesem Paragraphen kann man sagen: Vorne nicht er, hinten nicht er. Vorne gestattet er den Einzelverkauf, hinten macht er ihn illusorisch. Möge der Bundesrat wollen oder nicht, er werde nicht umhin können, von dem Schlußablaß des Paragraphen Gebrauch zu machen. Man würde den Verpackungszwang für den ganzen Kleinhandel einführen müssen, um Schädigungen der einzelnen durch unrichtige Handlungen auszuheilen. Der Verpackungszwang werde es aber gerade bei den amerikanischen Zigaretten ermöglichen, unseren Handel abzumucken. Die Herren, die hier für Banderole und Verpackungszwang eintreten, vermeiden, auf diese Trusterhältnisse einzugehen, gerade als ob sie dächten: „Wamier mich nicht, mein schönes Kind!“ Voraus, meine Herren, mit dem Nebenworte!
§ 5 wird schließlich gegen die Stimmen der unterschiedenen Linken, der Polen und Antisemiten angenommen. Bei § 7, betreffend Vorschriften für die Betriebe einschließlich der Räume, befragt Abg. **v. Elm** (Soz.) einen Antrag, die Heimarbeit für die Zigaretten-Industrie ganz zu verbieten, d. h. die Heimarbeit für Rechnung von Unternehmern zu untersagen, und zwar auch dann, wenn die betreffenden Personen sich die Roh- und Hilfsstoffe selbst beschaffen.
Abg. **Erber** (Centr.) stellt den Widerspruch in der Haltung der Sozialdemokraten fest, indem sie einmal sagten, dieses Gesetz würde die Handarbeit in der Zigaretten-Industrie ganz beseitigen, sie durch die Maschinenarbeit ersetzen, und dann wieder von diesem Gesetze ein Anzeichen der Heimarbeit befürchteten; ferner indem sie jetzt erklärten, sie wünschten nicht die Beseitigung der Hand-

arbeit zu gunsten der Maschinenarbeit, und Befürchtungen für den Mittelstand äußerten, während sie doch sonst sagten, daß der Mittelstand unrettbar verloren sei. In derselben Rede, in der v. Elm gestern den Ruin der Handarbeit voraussagte, meinte er, daß das Publikum, die Konsumenten, doch immer lieber zu einer mit der Hand gearbeiteten Zigarette greifen werde. Ein Verbot der Heimarbeit sei nicht möglich.
Abg. **Merten** (freil. Volksp.) hält ein Verbot der Heimarbeit für zu weitgehend. Wichtiger sei ein Vorgehen der Regierung auf dem Gebiete des Wohnungswesens. Ein völliges Verbot der Heimarbeit hielten seine Freunde schon vom wirtschaftlichen Standpunkte aus für ungerechtfertigt. Wenn allein in Dresden vielleicht 2000 Zigaretten-Arbeiterinnen nicht mehr zu Hause arbeiten dürften, wo sollten sie dann auf einmal hin? In die Fabrik? Ja, dann würden sie damit einen Lohnbruch um so mehr herbeiführen, als wir ja mit den Sozialdemokraten einig sind, daß durch dieses Steuergesetz ohnehin die Zigaretten-Industrie stark beeinträchtigt wird. Seine Freunde hielten es daher für das Beste, daß man sich auf Bestimmungen über die Heimarbeit beschränke, die dann natürlich auch auf die Zigaretten- und Zigaretten-Industrie auszubehnen seien.

Staatssekretär **v. Stengel**: Wie die Sozialdemokratie es wagen könne, ein Verbot der Heimarbeit hier zu fordern, die Arbeiter damit geradezu zu vergewaltigen, die Interessen der Arbeiter zu schädigen, darüber überlasse er das Urteil dem hohen Hause. Wir haben es hier nicht zu tun mit einer Gemeinwohlfrage, sondern mit einem Steuer- und Zollgesetz, und da ist es gerade genug, wenn die Kommission eine Resolution betreffs Bestimmungen über Heimarbeit in der Zigarettenfabrikation vorschlägt. Wenn die Resolution im Hause angenommen wird, so werden die verbündeten Regierungen sie natürlich in Erwägung ziehen.
Abg. **Jäger** (Centr.) widerspricht ebenfalls einem Verbot der Heimarbeit in der Zigarettenindustrie.
Abg. **v. Elm** (Soz.): Durch das Verbot der Heimarbeit solle gerade verhindert werden, daß der Lohn der Arbeiter in dieser ganzen Industrie infolge der Steuer noch weiter herabgedrückt werde. Widerspruch soll nicht das Verhalten der Sozialdemokraten, sondern das der Mehrheit. Einmal wolle diese Mittelstandspolitik treiben, und hier wolle sie durch diese Steuer die jetzt vorhandenen kleinen Betriebe schädigen. Das freie Selbstbestimmungsrecht müsse eine Grenze haben. Im Interesse der an ihrer Gesundheit Geschädigten sei das Verbot der Heimarbeit erforderlich.

Abg. **Gulinsky** (Soz.): Der sozialdemokratische Antrag sei seinen Freunden sympathisch, aber sie könnten ihn doch nicht annehmen, weil damit zu viel kleine Leute brotlos gemacht würden.
Abg. **Erber** (Centr.) bemerkt noch, heute forderten die Sozialdemokraten Verbot der Heimarbeit, dagegen hätten sie anlässlich der letzten Berliner Heimarbeits-Ausstellung sich in einer Versammlung gegen das Verbot der Heimarbeit ausgesprochen und ferner hätten sie auf dem Züricher Internationalen Sozialistenkongress von 1897 gegen den englischen Antrag auf Verbot der Heimarbeit gestimmt mit der Motivierung, daß ein solches Verbot für Deutschland unausführbar wäre. Welch ein Widerspruch!
Der sozialdemokratische Antrag wird schließlich gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Abgeordneten Schröder abgelehnt.
Schluß gegen 6 Uhr. — Weiterberatung Montag 1 Uhr; außerdem steht das Stempelsteuergesetz auf der Tagesordnung.

Aus dem Reiche.

Freie Eisenbahnfahrt für die Reichstagsmitglieder.

Wie der „V. L.-A.“ mittelt, sind die maßgebenden Berliner Regierungsstellen nicht abgeneigt, dem Beschluß der Diätenkommission des Reichstages, wonach den Mitgliedern des Reichstages, wie dies bis zur Mitte der achtziger Jahre bereits der Fall war, freie Fahrt auf allen deutschen Staatsbahnen und für die Dauer der ganzen Legislaturperiode gewährt werden soll. Es finden gegenwärtig hierüber Verhandlungen mit den Bundesregierungen statt. Ferner wird bestätigt, daß die Regierung an der von der Kommission beschlossenen Ablehnung einer Verringerung des Artikels 28 der Reichsverfassung die Diätenvorlagen nicht scheitern lassen werde.

Als Nachfolger v. Buddes

dürfte nach der „Nat. Ztg.“ der derzeitige Eisenbahndirektionspräsident in Köln, Breitenbach, die meiste Aussicht haben.

Aus unseren Kolonien.

Ueber die im März und April stattgehabten Kämpfe in Deutsch-Ostafrika sind noch folgende weitere Meldungen des Gouvernements auf telegraphischem Wege eingegangen: Die vereinigten Detachements v. Wangenheim und

v. Saffel durchstreiften in der zweiten Hälfte des Monats März den südlichen Teil des Mahengebezirks. Der Gegner hatte in mehreren Gefechten einen Verlust von etwa 200 Toten. v. Saffel wurde am 21. März von zahlreichen Wagindos am Lutuba angegriffen, schlug aber den Feind zurück, der 66 Tote hatte, und von dessen Leuten viele im Luwegu ertranken. v. Saffel hatte nur geringe Verluste. Die Operationen wurden durch Hochwasser und Nahrungsmangel erschwert. Die Abteilung Seyboldt traf, von Kilwa kommend, am 11. April in Mahenge ein. Die Kompanie Schönbeger operierte mit Erfolg in der Gegend von Vembatu. Im Norden des Songea-Bezirks hatte die Kompanie Kleist mehrere siegreiche Gefechte, wobei der Gegner 150 Tote hatte und 110 Gefangene sowie 650 Stück Vieh verlor. Auf Seiten der Kompanie Kleist wurden 3. Astaris verwundet und einige Hilfstrieger fielen. Major Johanneß begann eine konzentrische Operation gegen Upangwa und Utinga. Der Sultan Merere stellte mehrere Hilfstrieger.

Aus dem Auslande.

Die Wahlen zur französischen Deputiertenkammer

haben gestern in Frankreich ihren Anfang genommen und die Behörden trafen ihre Maßnahmen, um Unruhen zu verhindern. Besondere Wachsamkeit haben die Sicherheitsbehörden den Arbeiterhöfen zugebracht, obgleich die Pariser Arbeiterführer versicherten, es sei von ihrer Seite nichts geplant, die Ausübung des allgemeinen Stimmrechtes zu stören, aber die Stimmung in Loulon und namentlich in Brest ist minder beruhigend. Nach den jüngsten Präferenzberichten wird es eine große Anzahl unentschiedener Wahlen geben. Die Reinkandidaten, also die Anhänger des früheren Ministers Combes, machen sich auf Verluste gefaßt, die Anhänger Ribots werden vielleicht Stimmen gewinnen, doch nicht genug, um einen Regierungswechsel herbeizuführen.

Die englischen Blätter

stoßen laut in die Kriegsbrommeto. Ein Telegramm aus London meldet uns: Die Morgenblätter aller Schattierungen billigen das Ultimatum an der Türkei. „Times“ sagt: Wir haben überwältigende Mittel, unsere gerechten Forderungen durchzusetzen; wenn gezwungen, werden wir davon Gebrauch machen. „Morning Post“ verlangt die Entfernung des türkischen Kommissars Mukhtar Paschas aus Kairo, dessen einzige Aufgabe darin bestehe, gegen England zu wühlen. „Times“ meldet aus Kairo, die feste Haltung der britischen Regierung habe einen beruhigenden Einfluß auf die panislamitische Presse aus. Aus Konstantinopel vernimmt dasselbe Blatt, die Porte habe vom türkischen Volschafter in London die telegraphische Mitteilung erhalten, daß England alle Zurückstufen treffe, um den türkischen Widerstand zu brechen, gleichwohl bleibe der Palast hartnäckig. Es sei kein Zeichen irgendeiner deutschen Intrigue bemerkbar, der deutsche Volschafter habe im Gegenteil den Großvezier wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß die Zurückziehung der türkischen Truppen der einzige vernünftige Ausweg wäre. Gestern erhielt die Mittelmeerflotte unter Lord Charles Beresford, bestehend aus sechs Schlachtschiffen und vier Kreuzern, den Befehl, im Viraus Stellung zu nehmen und dort weitere Befehle abzuwarten. Drei in Gibraltar stehende Regimenter werden in kürzester Zeit nach Ägypten abgehen. „Chronicle“ meldet aus Alexandria, drei Beduinen seien in Kairo angekommen, um über die Entfernung der Grenzpfähle von El Arisch vor dem Kriegsamte Zeugnis abzulegen. Einige türkische Küstenwachschiffe seien in El Arisch eingetroffen. In Akabah liegen 500 Mann türkischer Truppen unter Rudschid Pascha. Die ägyptische Besatzung von 25 Mann, worunter 6 Kranke, liege auf der Pharaosinsel, 10 Meilen südlich von Zabab.

Die Lage in Rußland.

Am gestrigen Sonntag ist in Moskau auf dem dortigen Generalgouverneur Dubassow ein Attentat verübt worden, dem dieser zwar heil-